

## Mitmachen

Ich möchte andere Menschen über Attac informieren. Bitte schickt mir \_\_\_ Exemplare der Attac-Selbstdarstellung.

Ich möchte dieses Faltblatt an andere Menschen verteilen. Bitte schickt mir \_\_\_ Exemplare dieses Faltblatts zur Finanztransaktionssteuer.

Ich möchte mehr über Attac wissen.

Bitte schickt mir weiteres Informationsmaterial.

Bitte nehmt mich in den Attac-Infoverteiler auf.

Bitte nehmt mich in den Attac-E-Mail-Verteiler auf. (ca. eine Mail in 14 Tagen)

**Hinweise zur Datenverarbeitung:** Die von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert. Die Daten werden den Regionalgruppen von Attac für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht; eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht. Wenn Sie mit der Weitergabe Ihrer Daten an die Gruppen nicht einverstanden sind, wenden Sie sich bitte an uns unter 069-900 281-10 oder [info@attac.de](mailto:info@attac.de).

Name: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_  
Fax: \_\_\_\_\_  
E-Mail: \_\_\_\_\_

Absender

Attac Bundesbüro  
Münchener Str. 48  
60329 Frankfurt/M.

Oder beide Seiten per Fax: 069-900281-99

Fly0906-I

# Steuer gegen Armut und Spekulation

## Die Finanztransaktionssteuer



 **attac**  
AG Finanzmärkte

## Die Finanztransaktionssteuer (FTS): Alle reden darüber – doch es braucht Druck, um sie durchzusetzen!

### ä Worum geht es?

Nach zahlreichen Finanzkrisen gründete sich 1999 in Frankreich eine „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen“, französisch abgekürzt „Attac“. Steuern auf Finanztransaktionen zählen seither zu den zentralen Forderungen von Attac. Vorschläge hierzu gehen auf John Maynard Keynes (1943) und James Tobin (1972) zurück. Vorformen wie die britische Stempelsteuer datieren bis ins 17. Jahrhundert zurück. Die Tobin-Steuer, eine Steuer auf den Handel mit Währungen (Devisentransaktionssteuer), war die erste Steuer, die auf die globalisierten Finanzmärkte zugeschnitten ist. Jede Währungstransaktion sollte mit einem geringen Steuersatz von 0,5 % bis 1 % belastet werden. Die Finanztransaktionssteuer hat eine breitere Steuerbasis als die Tobin-Steuer: sie erstreckt sich auf alle Finanzvermögen, also auch den Handel mit Aktien, Pfandbriefen, Anleihen, Wertpapieren und Derivaten. Sie ist vergleichbar mit einer Börsenumsatzsteuer, wie es sie in Deutschland bis 1991 gab, allerdings kämen noch die außerbörslichen Geschäfte hinzu. Überweisungen von Girokonten oder das Bargeldabheben von Geldautomaten fielen jedoch nicht unter die Steuer – Otto Normalverbraucher würde eine Finanztransaktionssteuer also kaum zu spüren bekommen.

Für Keynes und Tobin stand die Lenkungswirkung der Steuer im Vordergrund: kurzfristige Spekulation sollten unrentabler werden und im Verhältnis zu realwirtschaftlich motivierten langfristigen Transaktionen zurückgedrängt werden. Damit sollten Preise stabilisiert und volkswirtschaftlich nutzlose Aktivitäten zurückgedrängt werden. Mit der Finanzkrise und ihren gewaltigen Kosten ist die beträchtliche Einnahmewirkung der Steuer in den Vordergrund gerückt. Für die globalisierungskritische Bewegung waren die Steuereinnahmen immer schon ein

wichtiges Instrument zur Finanzierung globaler Angelegenheiten wie Entwicklungshilfe, Armutsbekämpfung und Umweltschutz.

Ein Steuersatz von nur 0,05 % würde weltweit nach Schätzung des Wiener WIFO-Instituts mehrere hundert Milliarden Euro jährlich erbringen. Für Deutschland beliefen sich die Erträge selbst bei einem Steuersatz von nur 0,01 % auf etwa 15 Milliarden Euro. Eingerechnet ist dabei bereits ein gemäßigter Rückgang von Finanztransaktionen aufgrund der Steuer. Eine exakte Berechnung des Aufkommens ist im Vorhinein zwar nicht möglich, das Potenzial der Steuer ist auf jeden Fall aber enorm. Dies liegt an der extremen Expansion der globalen Finanzmärkte in den letzten Jahren.

Geschäfte können heute elektronisch extrem schnell, kostengünstig und global abgewickelt werden. Die Spekulanten profitieren darüber hinaus von der Deregulierung der Finanzmärkte. An der Derivatebörse Eurex war im Jahr 2007 das Handelsvolumen mit Finanzderivaten 53-mal so hoch wie die Wirtschaftsleistung Deutschlands. Die gesamten globalen Finanztransaktionen überstiegen das Weltsozialprodukt um das 74-fache. Der Umfang an außerbörslichen Kreditderivaten stieg von ca. 5 Billionen Dollar im Jahr 2004 auf ca. 50 Billionen im Jahr 2007, sprich eine Steigerung um 1000 Prozent in drei Jahren. Bei den Devisentransaktionen gab es im gleichen Zeitraum immerhin eine Steigerung um fast 70 Prozent von 1,9 Billionen Dollar täglichem Umsatz auf 3,2 Billionen.

### ä Politische Machbarkeit

Die Finanztransaktionssteuer wird seit 2009 auf höchster politischer Ebene diskutiert, und ihre Realisierung liegt erstmals im Bereich des Möglichen. Attac ist eine von 80 Mitgliedsorganisationen der Kampagne „Steuer gegen Armut“ und setzt sich dort aktiv für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Entwicklung und globalem Umweltschutz ein. Auf internationaler Ebene gibt es zahlreiche weitere Mitstreiter, etwa die britische „Robin Hood Tax Campaign“ (Robin Hood-Steuer, welche die umverteilende Wirkung betont). Außerdem plädiert eine wachsende Zahl namhafter Ökonomen wie Joseph Stiglitz, Paul Krugman oder Jeffrey Sachs für die

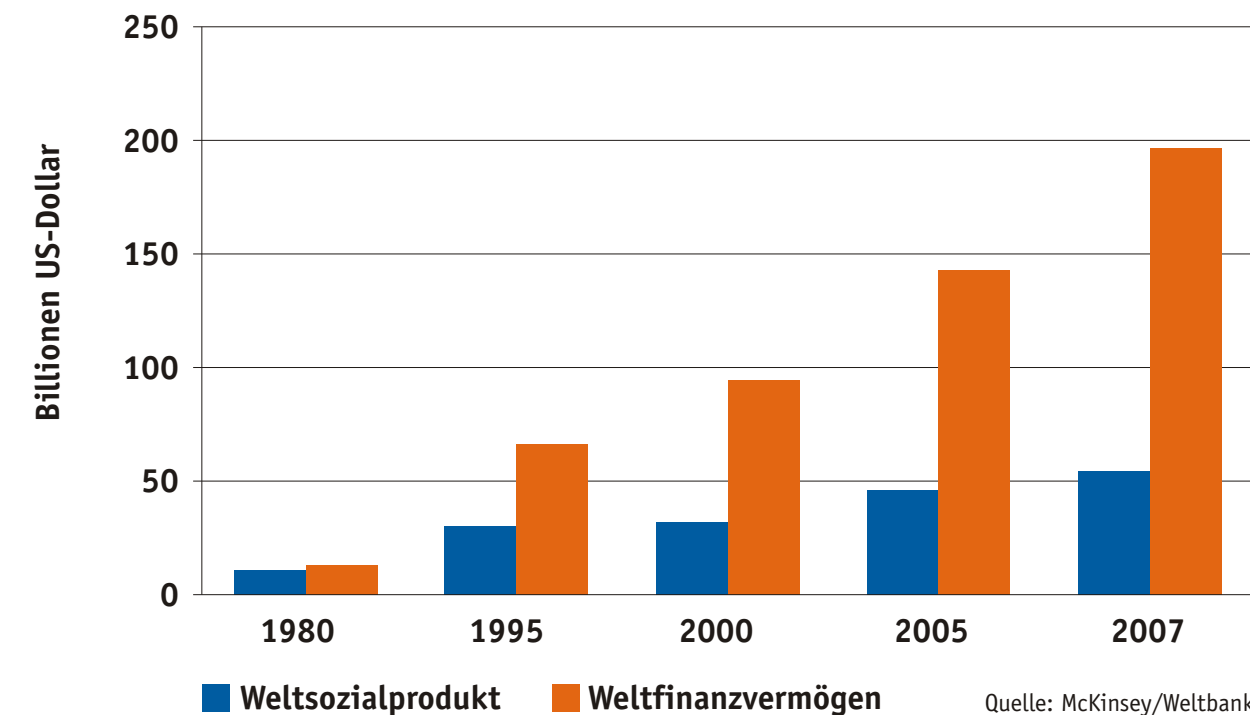
FTS. Im April 2011 haben über 1000 Ökonomeninnen und Ökonomen einen unseren Forderungen entsprechenden Aufruf unterzeichnet.

In Deutschland unterstützt nach massivem öffentlichem Druck auch die schwarz-gelbe Bundesregierung die Steuer. Sie lehnt aber eine Zweckbindung der Einnahmen ab und setzt eine globale oder europaweite Einführung voraus. Nach einem gescheiterten gemeinsamen Vorstoß der deutschen und französischen Regierung beim G 20-Gipfel 2010 in Toronto scheint eine globale Einführung aber in weiter Ferne. Das Europaparlament hat sich im März 2011 daher für eine EU-weite Einführung ausgesprochen. Die

EU-Kommission und einige europäische Regierungen, darunter die Briten, sind jedoch dagegen. Klärung soll eine von der EU-Kommission für den Sommer 2011 angekündigte Auswirkungsstudie bringen. Ein Konsens innerhalb der EU ist jedoch unwahrscheinlich, bei der Steuergesetzgebung allerdings erforderlich.

Der Koalitionsausschuss der Bundesregierung hat am 18. Mai 2010 beschlossen, „sich auf europäischer und globaler Ebene für eine wirksame Finanzmarktsteuer – das heißt Finanztransaktionssteuer oder Finanzaktivitätsteuer – einzusetzen“. Aus dieser Steuer hatte Finanzminister Schäuble bereits für 2012 2 Milliarden Euro jährliche Ein-

Abb.: Entwicklung des Verhältnisses von Finanzvermögen zum Weltsozialprodukt



nahmen in den Bundeshaushalt eingestellt, diese wegen der ausstehenden internationalen Fortschritte aber vor kurzem auf 2013 verschoben. Gesichert ist dies aber auch nicht. Der Koalitionsbeschluss lässt der Bundesregierung nämlich einigen Spielraum: Zum einen ist ungeklärt, ob die europäische Ebene die gesamte EU oder nur einige Länder (die Eurozone oder eine Koalition der Willigen) umfassen muss. Zum anderen ist neben der Finanztransaktionssteuer auch eine Bankensteuer auf Gewinne und Lohnzahlungen (Finanzaktivitätsteuer) im Rennen. Diese ist von der Lenkungswirkung und vom Steueraufkommen keine Alternative zu einer FTS. Die FDP ist Gegner der Finanztransaktionssteuer, doch auch die Unionsfraktion scheint bei der Frage des europäischen Konsenses gespalten. Sollte die Regierung auf einer Zustimmung Großbritanniens beharren, könnte sich der vermeintlich fortschrittliche Koalitionsbeschluss als Nullnummer erweisen. Erheblicher Druck ist auch noch nötig, damit die Einnahmen aus der Steuer nicht nur in die nationalen Haushalte fließen, sondern auch für globale Angelegenheiten wie Armutsbekämpfung, Entwicklung sowie Umwelt- und Klimaschutz eingesetzt werden. Mit den Oppositionsparteien, welche Mitglieder der Kampagne „Steuer gegen Armut“ sind, gibt es bereits parlamentarische Unterstützung. Dennoch braucht es weiter eine breite außerparlamentarische Unterstützung unserer Forderung!

### Ökonomische Argumente für die Steuer

Ein Umdenken in der Steuerpolitik ist notwendig. Eine Besteuerung von Spekulation ist sowohl ökonomisch als auch verteilungspolitisch geboten. Die Aufblähung und Komplexität der Finanzmärkte macht diese instabiler. Neuartige Finanzprodukte haben die Risikoverteilung und die Preisbildung nicht wie pauschal behauptet verbessert, sondern im Gegenteil bestehende Risiken verschleiern und sogar neue mit sich gebracht. Wie der Chef einer US-Finanzaufsicht sagte, haben Derivate „im Herzen der Finanzkrise“ gestanden. Sie haben unter anderem den Zusammenbruch der weltgrößten Versicherung AIG verursacht und die Globalisierung fauler Immobilienkredite vorangetrieben. Viele Finanzgeschäfte, die heute

getätigt werden, sind gesamtwirtschaftlich nutzlos oder schädlich. Die Perversion der Finanzmärkte zeigt sich besonders im Hochfrequenz-Computerhandel, bei dem innerhalb von Sekundenbruchteilen Wertpapiere gekauft und wieder verkauft werden. Dem Großteil der heutigen Transaktionen liegen heute keine realwirtschaftlich motivierten Motive mehr zugrunde, sondern abstrakte mathematische Modelle von zweifelhafter Qualität. Die Folge sind Preisblasen und andere Kapriolen. Es ist deshalb höchste Zeit, die Finanzmärkte zu schrumpfen. Die direkten Kosten der Bankenrettung werden in Deutschland auf ungefähr 50 Milliarden geschätzt, die indirekten Kosten sind weitaus größer. Die Krisenkosten wurden weltweit der Bevölkerung aufgebürdet und führten in Europa zur Staatsschuldenkrise, welche die Zukunft der Währungsunion in Frage stellt. Gleichzeitig streicht die Finanzbranche bereits wieder unverschämte hohe Gewinne ein: 2010 hat allein die US-Finanzbranche 140 Milliarden Dollar an das Spitzenpersonal ausgezahlt. Die Profiteure des Kasinokapitalismus müssen in ihre Schranken gewiesen werden, denn bereits jetzt setzt der Staat aus Geldmangel verstärkt auf Privatisierungen und Einsparungen zu Lasten von Beschäftigten und Empfängern von Transferleistungen. Seit Jahrzehnten werden die Bürgerinnen und Bürger immer stärker durch Steuern belastet, während Unternehmen, Reiche und Superreiche entlastet werden. Die Anteile von Massensteuern und Gewinnsteuern laufen seit Jahrzehnten auseinander. 2007 folgte die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozent. Für die ärmeren Haushalte bedeutet das eine enorme zusätzliche Belastung, wobei sie für Spitzenverdiener fast unbemerkt bleibt. Die Körperschaftssteuer für Unternehmen sank 2008 auf nur 15 Prozent. Zehn Jahre zuvor war sie noch doppelt bzw. dreimal so hoch.

### Die Finanztransaktionssteuer ist machbar!

Da alle Finanztransaktionen elektronisch erfasst werden, lässt sich die Steuer leicht erheben. Eine leicht implementierbare Software könnte die Steuer automatisch der jeweilig zuständigen Finanzbehörde überweisen. Die Erhebung der Steuer wäre daher extrem günstig, wie Erfahrungen mit der Börsenumsatzsteuer aus Großbritannien zeigen. Die Vermeidung der Steuer wäre dagegen sehr umständlich, weil der Handel auf zentralisierte Abwicklungssysteme angewiesen ist. Auch der bisher unkontrollierte Handel außerhalb der Börsen geschieht inzwischen über zentrale Abwicklungs-Systeme (Trade Information Warehouses). Die EU und die G 20 haben sich zudem die längst fällige Regulierung dieses OTC-Handels vorgenommen und wollen ihn nur an der Börse oder auf Handelsplattformen zulassen. Damit wäre es ein Leichtes, auch hier die Steuer zu erheben. Häufig wird behauptet, die FTS könne nur global eingeführt werden, da andernfalls die Geschäfte einfach abwandern würden. Dass dieses pauschale Argument falsch ist, zeigen existierende Steuern auf bestimmte Finanztransaktionen in vielen Ländern der Welt. Bei einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer ist entscheidend, dass die wichtigen Handelsplätze in einer Zeitzone (z.B. Europa und Afrika) die Steuer einführen. Die Steuer würde dann am Ort der Zahlungsabwicklung erhoben (Territorialprinzip). Für den Fall, dass eine internationale Einführung nicht möglich sei, schlägt Stephan Schulmeister das Herkunftslandprinzip vor: alle Transaktionen eines deutschen Steuerpflichtigen würden dann besteuert, egal ob sie im In- oder Ausland abgewickelt würden. Die Belastung durch Steuern ist im Übrigen nur ein Kriterium bei einer Standortentscheidung. London ist beispielsweise ein extrem teurer Standort, doch der größte Finanzplatz der Welt. Die großen Akteure profitieren von der Infrastruktur des Finanzplatzes (wichtige Partner in der Nähe, Vernetzung, Sicherheit, funktionierendes Rechtssystem). Dies setzt einer Verlagerung enge Grenzen. Bekämpft wird die Steuer vor allem von der Lobby der Finanzindustrie. Viele Finanzgeschäfte würden bei der Einführung der Steuer weniger profitabel, einige Geschäftsmodelle wie etwa der hochprofitable Hochfrequenzhandel

wären massiv betroffen. Der starke Widerstand der Finanzbranche verwundert daher nicht. Doch aus einer langfristigen Anlegerperspektive ist die Steuer auch für Finanzmarktakteure interessant, da sie exzessive Spekulation eindämmt und Transaktionen mit langfristigem Charakter kaum belastet. In einer Umfrage des Börsenportals boersennews.de sprachen sich 62 Prozent der Anleger für eine Finanztransaktionssteuer aus. Auch der Sparkassenverband zieht die Finanztransaktionssteuer anderen Formen der Besteuerung vor (wie der Bankenabgabe). Die Realwirtschaft würde von der Einführung profitieren: Die Banken wären wieder stärker daran orientiert, langfristige Investitionen zu finanzieren statt im globalen Casino zu zocken und Preise zu destabilisieren. und die FTS sorgt so dafür, dass Unternehmen besser planen können. Selbst Martin Kannegiesser, der Chef des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, ist daher für eine FTS. Aus verteilungspolitischer Sicht ist die FTS geradezu ideal. Sie trifft eine kleine Gruppe finanzkräftiger Akteure, die es sich leisten können, ihr Kapital in spekulative Geschäfte zu investieren. Kleinsparer werden durch die Steuer praktisch nicht belastet. Letztendlich profitieren von dieser Steuer alle Bürgerinnen und Bürger, da sie dadurch von Mehrbelastungen durch Erhöhung der sogenannten Massensteuern verschont würden. Das Kapital wird dort abgeholt wo es im Überfluss vorhanden ist. Zum einen würden die Handlungsspielräume nationaler wie internationaler Parlamente gestärkt, zum anderen könnten nationale und internationale Organisationen dadurch die Probleme der Welt wie Hunger, Trinkwasserknappheit etc. angehen. Außerdem ist die Steuer ein Schritt zur Wiedergewinnung der demokratischen Kontrolle über die Finanzmärkte.

(Stand 16. Mai 2011)

V.i.S.d.P.: Jule Axmann, c/o Attac, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M.

### Wer oder was ist Attac?

Attac ist ein breites gesellschaftliches Bündnis, das sich den Sachzwängen der Globalisierung widersetzt. Ausgehend von Frankreich haben sich inzwischen in über 30 Ländern Menschen und Organisationen aus der Umwelt-, Friedens- und internationalen Solidaritätsbewegung zu Attac zusammengeschlossen. Antikapitalisten, kirchliche Kräfte, Gewerkschaften und nicht organisierte Einzelpersonen sind ebenso dabei. Allein in Deutschland machen schon über 20.000 Menschen mit. Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen und sich gemeinsam Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen machen wollen. Dabei steht Attac für vielfältige und kreative Aktionsformen: von Informationsvermittlung in Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen bis zum Protest bei internationalen Gipfeln oder spektakulären Aktionen des zivilen Ungehorsams. Innerhalb von Attac gibt es zahlreiche Lokalgruppen und bundesweite Arbeitszusammenhänge, die sich mit den unterschiedlichsten Aspekten der Globalisierung beschäftigen. Zum Thema Finanztransaktionssteuer arbeitet v.a. die bundesweite AG Finanzmarkt und Steuern ([www.attac.de/finanzmarkt](http://www.attac.de/finanzmarkt)). Auf der Webseite zur Finanztransaktionssteuer ([www.attac.de/fts](http://www.attac.de/fts)) finden sich weitere Informationen der aktuellen Kampagne. Literatur zum Thema Finanzmarktregulierung gibt es im Attac-Materialversand online unter [www.attac.de/material](http://www.attac.de/material).

Weitere Adressen und AnsprechpartnerInnen finden sich im Internet unter [www.attac.de](http://www.attac.de) oder können telefonisch im Bundesbüro erfragt werden:

**Attac, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/M.  
Tel.: 069-900 281-10, Fax: -99, [info@attac.de](mailto:info@attac.de), [www.attac.de](http://www.attac.de)**

## Attac stärken – Mitglied werden!

### Mitgliedschaft / Spenden

- Ja, ich möchte Mitglied bei Attac werden (Adresse bitte auf der Rückseite eintragen!)
- Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Attac jährlich / monatlich meinen Mitgliedsbeitrag\* in Höhe von jeweils \_\_\_€ von meinem Konto abbucht. (Unzutreffendes bitte streichen!)
- Ich überweise meinen Mitgliedsbeitrag\* von \_\_\_ € jährlich/monatlich auf das Konto von Attac. (Unzutreffendes bitte streichen!)
- Ich möchte Attac mit einer Spende unterstützen. Ich bin damit einverstanden, dass Attac einmalig/monatlich/jährlich \_\_\_\_\_€ von meinem Konto einzieht. (Unzutreffendes bitte streichen!)

KontoinhaberIn: \_\_\_\_\_

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

\* Richtwert für den Beitrag sind 5 € im Monat. Nach Selbsteinschätzung freuen wir uns jedoch, wenn der Beitrag höher liegt. Der Mindestbeitrag beträgt 15 € im Jahr (Ausnahmen sind natürlich möglich). Die Teilnahme am Lastschriftverfahren spart uns viel Zeit und Geld, deshalb bitten wir darum, uns eine Einzugsermächtigung zu erteilen. Sie ist jederzeit widerrufbar.

### Spendenkonto Attac Deutschland:

Attac Trägerverein e.V., Konto-Nr. 800 100 800  
GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67  
Spenden sind steuerlich absetzbar!

Fly0906-m

Fly0906-s